

In der Aktualen Analyse diskutiert *Ulrich Frey* die Chancen und Grenzen ziviler Konfliktbearbeitung gegen den Terrorismus. Der Beitrag beschreibt zunächst die Grundzüge zivilgesellschaftlicher Konfliktbearbeitung und zivilgesellschaftlicher Interventionen. Er setzt sich dann mit den Interventionsmöglichkeiten gegen den Terrorismus auseinander und analysiert die Möglichkeiten des Instruments.

Im Hauptteil dieses Hefts widmen wir uns den weltweiten Protesten gegen den Abbau von Rohstoffen. Bergbau, vor allem in seiner industriellen Variante, hat weitreichende soziale und ökologische Folgen: Er geht vielerorts mit Umweltverschmutzungen und damit verbundenen gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung, mit Umsiedlungen und Verdrängungen alternativer Lebensgrundlagen einher. Konflikte, die in Zusammenhang mit Bergbau stehen, entzündeten sich um die Nutzung von Land und Wasser, um Luftverschmutzung, die Verteilung der Gewinne, um Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen, um politische Beteiligung, den Schutz kulturell und ökologisch bedeutsamer Orte sowie um dominante Entwicklungsvorstellungen. Bergbau ist gesellschaftlich und politisch hoch umstritten und sorgt weltweit für Proteste auf der lokalen, nationalen und transnationalen Ebene.

Weltweit protestieren Initiativen und Bewegungen gegen unterschiedliche Bergbauprojekte, in denen Gold, Kupfer, Uran und andere Rohstoffe abgebaut werden (sollen). Viele fordern ein Ende des Extraktivismus – des Entwicklungsmodells, das vorrangig auf der Rohstoffförderung basiert. Zunehmend organisieren sich die Proteste länderübergreifend. Im Vorfeld und während der internationalen Klimakonferenz in Paris 2015 diskutierten zahlreiche lokale, nationale und transnationale Bewegungen den Ausstieg aus der Kohlekraft. Auch deutsche Nichtregierungsorganisationen haben seitdem das Thema des Kohleausstiegs in ihre Kampagnen aufgenommen. Zwei Beiträge im Schwerpunkt beziehen sich auf Anti-Kohle-Proteste. *Naomi Klein* appelliert in ihrem Artikel an die Regierungen, den

Ausstieg aus den fossilen Energieträgern umzusetzen. *Hendrik Sander* beschreibt die Entwicklung von „Ende Gelände“, der Bewegung, die sich in Deutschland gegen den Kohlebergbau formierte. Er diskutiert die politischen Rahmenbedingungen, in denen die Bewegung entstanden ist, sowie die bisherigen Erfolge und Herausforderungen.

*Jürgen Maier* und *Stephanie Roth* analysieren, wie es einer bäuerlich geprägten Bewegung in Rosia Montana in Rumänien durch Bündnisse mit nationalen und internationalen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen gelang, nicht nur dem Bergbauunternehmen, sondern auch seinen Verbündeten in der rumänischen Politik die Stirn zu bieten. Sie zeigen, dass innovative Protestformen aus einem ursprünglich kommunalpolitischen Thema einen Konflikt auf der nationalen Ebene mit hoher Symbolkraft machten. Schlüssel zum Erfolg war, dass sich die Proteste gegen die Goldmine im ländlichen Raum mit dem Engagement der städtischen Zivilgesellschaft gegen Korruption verbanden. (Der Artikel ist zudem in englischer Sprache im FJSBplus zu lesen.)

Zwei weitere Beiträge untersuchen Bergbauproteste in Westafrika. *Bettina Engels* untersucht am Beispiel der Bissa-Goldmine in Burkina Faso, wie ressourcenschwache Gruppen – in diesem Fall Menschen in einer peripheren ländlichen Region im Norden des Landes – die Organisation und Mobilisierung zu Protest gelingen kann. Sie zeigt, wie die jeweilige Ressourcenausstattung es betroffenen Gruppen ermöglicht oder erschwert, ihre Forderungen in Konflikten um Bergbau geltend zu machen. *Louisa Prause* analysiert anhand des Konfliktes um die Sabodala Gold-Mine im Senegal, wie sich Erfolge und Misserfolge von Problemdeutungen (*frames*) in Protesten gegen Bergbau erklären lassen. Sie verbindet das Konzept framing mit dem Ansatz der diskursiven Gelegenheitsstrukturen und zeigt damit, welche Bedingungen es ermöglichen oder verhindern, dass Protestakteure bestimmte *frames* konstruieren und damit Gelegenheiten nutzen können.

In Protesten um industriellen Bergbau in Lateinamerika spielen Bürger\_innenentscheide seit 2002 eine zentrale Rolle. *Kristina Dietz* analysiert am Beispiel der Proteste gegen die La Colosa-Goldmine in Kolumbien die Bedingungen, die den Einsatz direktdemokratischer Verfahren als Proteststrategie in Konflikten um Bergbau ermöglichen. Darüber hinaus zeigt sie, welche politischen Effekte Bürger\_innenentscheide für die Mobilisierung gegen Bergbauprojekte und deren Verhinderung entfalten können. Auch Gewerkschaften können bei der Mobilisierung gegen Bergbau eine entscheidende Rolle spielen, wie der Beitrag von *Esther Uzar* zu Kupferbergbau in Sambia zeigt. Gemeinsame mit lokalen Umwelt- und kirchlichen Organisationen lancierten die sambischen Gewerkschaften erfolgreich Kampagnen für Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz mit dem Ziel, dass breite Schichten der Bevölkerung von den Gewinnen aus der Rohstoffförderung profitieren sollen.

*Michael Reckordt* befasst sich in seinem Beitrag mit der rohstoffpolitischen Debatte in Deutschland. Er beschreibt dabei den Einfluss der Industrieverbände sowie die wachsende Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure im Rohstoffbereich, die sich in den letzten Jahren formiert haben. Den zivilgesellschaftlichen Akteuren ist es in den vergangenen Jahren gelungen, Themen wie Menschenrechte und Umweltschutz in der rohstoffpolitischen Diskussion hierzulande zu stärken.

Auf der Homepage des Forschungsjournal *FJSBplus* findet sich neben der englischsprachigen Fassung des Beitrags von *Stephanie Danielle Roth* und *Jürgen Maier* ein weiterer Artikel mit Bezug auf den Themenschwerpunkt: *Katharina Schwirkus* beschreibt am Beispiel der Umweltbewegung YASUNIDOS, die seit 2013 gegen die Erdölförderung im Regenwald Yasuní-ITT in Ecuador mobilisiert, das Entstehen und Handeln sozialer Protestakteure im Spannungsverhältnis von Rohstoffabbau und Demokratie.

Zwei weitere Beiträge im *FJSBplus* setzen sich kritisch mit aktuellen Entwicklungen auseinander. Vor wenigen Wochen hat der

3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes die Verurteilung des früheren SS-Mannes Oskar Gröning, des „Buchhalters von Auschwitz“, wegen Beihilfe zum massenhaften Mord durch das Landgericht Lüneburg bestätigt, wie *Erardo C. Rautenberg* in seinem Artikel beschreibt. Die Freude über die späte Anerkennung für den Amtsbruder wird durch die Trauer getrübt, dass es 47 Jahre gedauert hat, bis der Bundesgerichtshof seine frühere Rechtsprechung korrigiert hat. Da die Staatsanwaltschaft sich erst spät zur Kurskorrektur entschied, beschränkt sich die verbleibende Verfolgung auf wenige Greise, wie der Autor feststellt.

Die Drittmittel-Finanzierung von Projekten in der Wissenschaft ist Thema des Beitrags von *Thomas Leif* und *Carl-Christian Müller* „Gekaufte Wissenschaft oder selbstloses Sponsoring?“. Im vergangenen Jahr wurde durch den Fall „Boehringer Stiftung-Universität Mainz-Wirtschaftsministerium“ ein starker Einschnitt in die Wissenschafts-, Forschungs- und Informationsfreiheit öffentlich.

Zudem finden sich drei Tagungsberichte auf der Webseite. Am 1. Dezember 2016 lud der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV) in das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ein, um über das kurz zuvor abgeschlossene Gutachten „Verbraucherrecht 2.0 - Verbraucher in der digitalen Welt“ öffentlich zu diskutieren. *Kai-Uwe Hellmann* informiert über die Tagung. *Meik Nowak* und *Sabine Wege* beschreiben die thematischen Schwerpunkte, den Ablauf, die Methode sowie Diskussionen und Ergebnisse der ersten Veranstaltung zu Flucht und Migration der neuen Programmreihe „Entwicklungspolitische Impulse“ des Gustav-Stresemann-Instituts. Die Komplexität des Themas, aber auch viele neue Denkansätze, Lösungsmöglichkeiten und neue Perspektiven sind als Ergebnis des erfolgreichen Workshops festzuhalten.

*Moritz Sommer* berichtet von der Jahrestagung „Rechtspopulismus als Bewegung“ des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung. Dabei erörterten Vertreter\_innen

aus Wissenschaft, Medien, Zivilgesellschaft, Politik und Kultur die Entwicklung des Rechtspopulismus. Im Sinne der „Public Sociology“ wurde – über die rein wissenschaftliche Debatte hinausgehend – unterschiedlichen

Perspektiven auf das Phänomen Rechtspopulismus Raum gegeben.

*Melanie Müller* (Berlin), *Bettina Engels* (Berlin), *Kristina Dietz* (Berlin)